

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Newsletter zur Sitzungswoche des Europäischen Parlaments -Dezember 2011-

16. Dezember 2011

Schuldenkrise in der Eurozone

Debatte mit Kommission und Rat zu den Gipfelbeschlüssen vom 8./9. Dezember

Dienstag, 13. Dezember

Rebecca Harms MdEP
www.rebecca-harms.de

Hintergrund: Beim Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs in Brüssel sollten eigentlich entscheidende Schritte zur Lösung der Schuldenkrise getan werden. Dringend notwendig, denn Europa rutscht an den Rand einer Rezession und die Gefahr einer neuen Finanzkrise ist nicht gebannt. Trotzdem kam nicht mehr als eine zwischenstaatliche, rechtlich unklare Einigung zwischen 26 Mitgliedsstaaten zustande, ohne Großbritannien. Geplant ist eine neue Stabilitätsunion außerhalb der Europäischen Verträge, die die Sparpolitik ihrer Mitglieder kontrollieren soll. Das Europäische Parlament würde in dieser Konstruktion keine Rolle spielen.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Beschlüsse von Brüssel visieren ein undemokratisches Konstrukt außerhalb der EU-Verträge an. Zugleich hat Merkel ihren Partnern eine einseitige Sparpolitik aufgezwungen, die die Krise weiter verschärfen wird. Stattdessen müssten die notwendigen Sparmaßnahmen durch Grüne Investitionen in nachhaltiges Wachstum flankiert und eine Regulierung der Finanzmärkte etabliert werden. Auch an die fehlende Kreditwürdigkeit der Krisenländer haben sich die Staats- und Regierungschefs nicht herangewagt: Eurobonds, Schuldentilgungsfonds oder eine Banklizenz für den EFSF - alles erstmal vom Tisch. Die Grüne Europafraktion wird nun alles dafür tun, wirkliche Vertragsänderungen auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Solidarunion einzufordern - und zwar unter voller Beteiligung des Europäischen Parlaments und der Einberufung eines Konvents.

[> Artikel auf gruene-europa.de](#)

[> Pressemitteilung von Rebecca Harms](#)

[> Plenarrede von Rebecca Harms](#)

Kernfusionsreaktor ITER

Bericht Reimer Böge (EVP, Deutschland)

"Financial framework 2007-2013: additional financing needs of the ITER project"
A7-0433/2011

Verfahren der interinstitutionellen

Hintergrund: Das Parlament hat über eine nachträgliche Anpassung des Mehrjährigen Finanzrahmens der Jahre 2007-2013 entschieden. Die Veränderung des aktuellen Haushaltsrahmens wurde notwendig, weil zusätzliche 1,3 Milliarden Euro in den Kernfusionsreaktor ITER investiert werden sollen.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen haben sich gegen die Mehrheiten in Parlament und Rat gestellt, die den zusätzlichen Ausgaben zustimmen. So handelt es sich bei dem Reaktor, der im Fusionsprozess radioaktives Tritium verwendet, nicht nur um eine atomare Risikotechnologie - es ist darüber hinaus derzeit mehr als ungewiss, ob der Reaktor die in ihn gesetzten Hoffnungen je erfüllen kann. Gerade angesichts der Sparanstrengungen in

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Vereinbarung

Debatte am Montag, 12.
Dezember

Abstimmung am Dienstag, 13.
Dezember

Helga Trüpel MdEP
www.helga-truepel.de

den Mitgliedsstaaten und der Haushaltsdisziplin, die sich die EU beim Budget für 2012 auferlegt hat, sind solche Investitionen nach dem Prinzip Hoffnung höchst problematisch. Der nun verabschiedete Deal zwischen Parlament und Rat bleibt auch die Antwort auf die Frage schuldig, mit welchen Geldern die anfallenden Kosten finanziert werden sollen. Es zeichnet sich allerdings ab, dass der Rat die Ausgaben aus dem EU-Forschungsetat und dem Budget für die EU-2020-Strategie decken will. Das bedeutet Kürzungen bei Investitionen in Grüne Technologien und erneuerbare Energieträger, die dringend benötigt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Union zu stärken.

[> Pressemitteilung von Helga Trüpel und Rebecca Harms](#)
[> Plenarrede von Helga Trüpel](#)

Recht auf Belehrung in Strafverfahren

Bericht Birgit Sippel (S&D,
Deutschland)

*"Recht auf Belehrung in
Strafverfahren"*
A7-0408/2011

Ordentliche Gesetzgebung
1. Lesung

Debatte am Montag, 12.
Dezember

Abstimmung am Dienstag, 13.
Dezember

Jan Philipp Albrecht MdEP
www.jan-albrecht.eu

Hintergrund: Der Europäische Rechtebrief soll Beschuldigten und Verdächtigen bei einer Festnahme übergeben werden und sie leicht verständlich über ihre Rechte aufklären. Der Richtlinienentwurf zum "Recht auf Belehrung in Strafverfahren" ist die so genannte "Maßnahme B" des "Fahrplans zur Stärkung der Rechte von Verdächtigen oder Beschuldigten in Strafverfahren". Dazu gehören außerdem das Recht auf Dolmetschung und das Recht auf Zugang zu anwaltlichem Beistand. Ziel des Fahrplans sind EU-weite Mindeststandards für Verfahrensrechte. Der mit dem Rat erzielte Kompromiss stand nun in Straßburg zur Abstimmung.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grüne Europafraktion begrüßt, dass das Europäische Parlament der Einigung mit den Mitgliedsstaaten nun in erster Lesung zugestimmt hat. Der Rechtebrief ist ein wichtiger Schritt hin zu verbindlichen EU-weiten Mindeststandards im Strafverfahren. Zukünftig werden alle EU-Bürgerinnen und -Bürger in leicht verständlicher Sprache über ihre Rechte aufgeklärt, wenn sie einer Straftat beschuldigt oder verdächtigt werden. Leider hat die EU-Kommission den zweiten Schritt vor dem ersten getan und den Europäischen Rechtebrief vorgeschlagen, bevor klar ist, wie die darin verbrieften Rechte aussehen. Nun müssen die Mitgliedsstaaten endlich den Weg für gemeinsame, hohe Standards frei machen, so beim Recht auf Zugang zu anwaltlichem Beistand.

[> Pressemitteilung von Jan Philipp Albrecht](#)
[> Plenarrede von Jan Philipp Albrecht](#)

Haushaltswaschmittel

Bericht Bill Newton Dunn (ALDE,
Großbritannien)

*"Verwendung von Phosphaten
und anderen
Phosphorverbindungen in
Haushaltswaschmitteln"*
A7-0246/2011

Hintergrund: Als 2004 die Verordnung zu Phosphaten verabschiedet wurde, hatte sich das Europäische Parlament bereits vergeblich für eine Ausweitung auf Haushaltswaschmittel ausgesprochen. Der neue Vorschlag der Kommission von Ende 2010 sah ein Verbot von Phosphaten in Waschmitteln bis 2013 und eine Überprüfung eines Verbots von Phosphaten in Reinigungsmitteln für Spülmaschinen bis 2014 vor. Der Umweltausschuss forderte dagegen bereits ein Phosphatverbot auch in Spülmitteln bis 2015. In den Verhandlungen mit dem Rat einigte man sich schließlich auf eine Verzögerung des Verbots von Phosphaten in Haushaltswaschmitteln um sechs Monate sowie ein Verbot in Haushaltsgeschirrspülmaschinenmitteln ab 2017. Das Europäische Parlament hat nun über diesen Kompromiss

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Ordentliche Gesetzgebung
1. Lesung

Debatte am Dienstag, 13.
Dezember
Abstimmung am Mittwoch, 14.
Dezember

Rebecca Harms MdEP
www.rebecca-harms.de

abgestimmt.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Nach einem eindeutigen Votum des Parlaments für den Kompromiss, gilt die Verordnung in erster Lesung als angenommen. Die Grünen begrüßen das Verbot von Phosphaten in Reinigungsmitteln, hätten sich aber eine Umsetzung zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht. Denn Phosphate haben durch den so genannten Prozess der "Eutrophierung" einen schädlichen Einfluss auf Gewässer, und in der Konsequenz auf unsere Ökosysteme. Da sich mittlerweile auch die Hersteller von Reinigungsmitteln für ein Verbot aussprechen, wäre eine frühere Umsetzung auch möglich gewesen.

[> Pressemitteilung von Rebecca Harms](#)

Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis

Bericht Véronique Mathieu
(EVP, Frankreich)

*"Einheitliches Antragsverfahren
für eine kombinierte
Aufenthalts- und
Arbeitserlaubnis"*
A7-0434/2011

Ordentliche Gesetzgebung
Zweite Lesung

Debatte am Montag,
12. Dezember

Elisabeth Schroedter MdEP
www.elisabeth-schroedter.de

Hintergrund: Die kombinierte Erlaubnis zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedsstaates (Single Permit) gilt nach dieser Plenarwoche in zweiter Lesung als angenommen, da keine weiteren Änderungsanträge gestellt wurden. Die kombinierte Erlaubnis regelt das einheitliche Antragsverfahren und die Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Europäischen Union. Die Entscheidung über den Zugang der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Gebiet der EU verbleibt jedoch bei den Mitgliedsstaaten.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grüne Europafraktion hat mit der kombinierten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erreicht, dass sich der europäische Arbeitsmarkt unter fairen Bedingungen weiter öffnet. Sozialdumping wird der Boden entzogen. Gegen den Widerstand der deutschen Regierung in den Ratsverhandlungen konnte das Prinzip der Gleichbehandlung fest verankert werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden mit der kombinierten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis von den Sozialversicherungssystemen geschützt. Beispielsweise erhalten sie die von ihnen erarbeiteten Rentenrechte. Die Grünen hätten gerne an einigen Stellen weitere Rechte hinzugefügt. Außerdem müssen die Betroffenen über ihre Rechte informiert werden, so dass sich ihre Situation in vielen EU-Mitgliedsländern verbessert. Indirekt werden dadurch die Rechte einheimischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt. Die Grünen begrüßen zudem, dass sich durch die kombinierte Erlaubnis der Verwaltungsaufwand vermindert. Bedauerlich ist, dass das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark sich nicht an dieser Richtlinie beteiligen. Denn die Grünen setzen sich für den effektiven Schutz der Arbeitnehmerrechte in allen europäischen Mitgliedstaaten ein.

[> Pressemitteilung von Elisabeth Schroedter](#)

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Europäische Schutzanordnung

Bericht Jiménez-Becerril Barrio
(EVP, Spanien) und Romero
López (S&D, Spanien)

"Europäische Schutzanordnung"
A7-0435/2011

Ordentliche Gesetzgebung,
2. Lesung

Debatte am Montag, 12.
Dezember
Abstimmung am Dienstag, 13.
Dezember

Franziska Brantner MdEP
www.franziska-brantner.de

Jan Philipp Albrecht MdEP
www.jan-albrecht.eu

Hintergrund: Unter spanischer Ratspräsidentschaft wurde die Europäische Schutzanordnung auf Initiative von 12 Mitgliedstaaten (u.a. Belgien, Spanien, Frankreich) initiiert. Ziel war es, Opfern von Gewalt (hauptsächlich Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt werden, aber auch Kindern und Männern) die Mobilität innerhalb der EU zu erleichtern, indem z. B. Schutzanordnungen, die in einem Mitgliedsstaat ausgestellt wurden, auch in anderen EU-Staaten anerkannt werden. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich Rat, Europaparlament und EU-Kommission auf einen Kompromiss, der dem Parlament nun in zweiter Lesung vorgelegt wurde. Schutzanordnungen, die in strafrechtlichen Verfahren erlassen wurden, können demnach in andere EU-Länder mitgenommen werden. Für Schutzanordnungen aus zivilrechtlichen Verfahren wird die EU-Kommission im Mai 2012 einen separaten Vorschlag vorlegen.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Da keine Änderungsanträge für den Kompromisstext gestellt wurden, galt der Bericht in zweiter parlamentarischer Lesung automatisch als angenommen. Die Grünen begrüßen dies, denn die Europäische Schutzanordnung ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines besseren Opferschutzes. Darüber hinaus bewertet die Grüne Europafraktion positiv, dass auch die Bedrohung als kriminelle Tat erfasst wird, Angehörige in die Schutzanordnung einbezogen werden können und den Tätern ein Anhörungsrecht zugesprochen wird.

Fruchtsäfte

Bericht Andres Perello
Rodriguez (S&D, Spanien)

*"Fruchtsäfte und bestimmte
gleichartige Erzeugnisse für die
menschliche Ernährung"*
A7-0224/2011

Ordentliche Gesetzgebung,
1. Lesung

Debatte am Dienstag,
13. Dezember

Abstimmung am Mittwoch,
14. Dezember

Rebecca Harms MdEP
www.rebecca-harms.de

Hintergrund: Die Kommission hatte Regeln für Herstellung, Inhaltsstoffe und Kennzeichnung von Fruchtsaft und -nektar vorgeschlagen, ein Verbot von Zuckerzusatz in Saft sowie die deutliche Kennzeichnung von zugesetztem Zucker in Nektar gefordert. Der EP-Umweltausschuss wollte lediglich, dass Fruchtsaft durch "ohne Zuckerzusatz" gekennzeichnet werden darf, während Zuckerzusatz in Fruchtnektar ohne Kennzeichnung auskommen sollte. Wenn zusätzlicher Zucker in Fruchtsäften aber ohnehin verboten wird, wäre eine solche Kennzeichnung irreführend gewesen. Mit dem Rat einigte man sich darauf, einen allgemeinen Hinweis auf das Zuckerzusatzverbot für einen begrenzten Zeitraum zu erlauben. Der mit dem Rat erzielte Kompromiss wurde nun im Straßburger Plenum abgestimmt.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen begrüßen das positive Votum des Parlaments für den Rodriguez-Bericht, denn Zuckerzusatz in Fruchtsäften wird nun verboten. Die Grünen hätten sich aber auch eine klare Kennzeichnung von gesüßtem Nektar gewünscht, um dem Verbraucher eine wirklich informierte Kaufentscheidung zu ermöglichen. Positiv ist in der Hinsicht das Verbot von irreführender Produktkennzeichnung. Name, Kennzeichnung und Abbildungen auf der Verpackung müssen mit dem Inhalt übereinstimmen.

[> Pressemitteilung von Rebecca Harms](#)

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Verteidigungssektor und die Finanzkrise

Bericht Krzysztof Lisek (EVP, Polen)

"Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor"
A7-0428/2011

Initiativbericht

Debatte am Dienstag, 13. Dezember

Abstimmung am Mittwoch, 14. Dezember

Reinhard Bütikofer MdEP
www.reinhard-buetikofer.de

Hintergrund und Ergebnis aus Grüner Sicht: Das EU-Parlament hat mit dem Lisek-Bericht eine Rolle rückwärts gemacht. So sprach sich eine Große Koalition aus Sozialdemokraten, Europäischer Volkspartei und Liberalen dafür aus, den EU-Haushalt für die Rüstungsindustrie zu öffnen. Mit diesem Votum hat die Parlamentsmehrheit in Zeiten knapper Kassen viel Chuzpe an den Tag gelegt und noch dazu das enorme Sparpotential einer engeren europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich verkannt. Zwar spricht sich der Lisek-Bericht erfreulicherweise für eine gemeinsame strategische Verteidigungsplanung und "Defence Reviews" der Mitgliedsstaaten aus, nach dem Modell der "Europäischen Semester". Höchst abwegig ist aber die Forderung, Rüstungsforschung von nun an aus dem EU-Haushalt finanzieren zu lassen und in das Horizon 2020-Programm aufzunehmen. Ebenfalls abwegig: das Vorhaben, den EU-Sozialfonds und den Globalisierungs-Fonds für militärische Umstrukturierung zu nutzen. Hier dachten einige Abgeordnete gewiss an Selbstbedienung des eigenen Wahlkreises. Den Vogel schießt aber die geforderte EU-Finanzierung eines neuen militärischen Erasmus-Programms für Offiziersanwärter ab, die gar für eine "Gleichbehandlung" mit "zivilen" Erasmus-Studenten an allgemeinen Hochschulen sorgen soll. Erfreulich hingegen: Das Vorhaben von Konservativen und Liberalen, Ausnahmeregelungen für die bestehenden EU-Wettbewerbsregeln auf dem Rüstungsmarkt zu schaffen, konnte abgewendet werden.

[> Pressemitteilung von Reinhard Bütikofer](#)

[> Plenarrede von Reinhard Bütikofer](#)

Europäischer Verkehrsraum

Bericht Mathieu Grosch (EVP, Belgien)

"Einheitlicher europäischer Verkehrsraum"
A7-0425/2011

Initiativbericht

Debatte am Mittwoch, 14. Dezember

Abstimmung am Donnerstag, 15. Dezember

Michael Cramer MdEP
www.michael-cramer.de

Hintergrund: Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit den Grosch-Bericht zum Weißbuch Verkehr der Europäischen Kommission angenommen. Kernziel des Berichts ist es, die im Weißbuch skizzierte Verkehrs-Strategie in entscheidenden Punkten nachzubessern. Denn angesichts der Tatsache, dass der Verkehrssektor heute für 30 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen der EU verantwortlich ist und seine Emissionen überdies seit 1990 um 30 Prozent gestiegen sind, müssen sofort Maßnahmen für einen nachhaltigen Verkehrssektor ergriffen werden.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Der angenommene Bericht ist unter dem Strich ein Erfolg. Vor allem, weil eine Verschärfung der von der Kommission vorgeschlagenen Klimaziele gefordert wird. So konnte auf Grüne Initiative die Forderung verankert werden, bereits bis 2020 die Emissionen um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Die Kommission will eine solche Reduktion erst 2030 erreichen - und dann auch nur gegenüber dem um 30 Prozent höheren Referenzniveau von 2008. Zugleich hat das Parlament sehr gute Vorschläge zur Erreichung der Ziele gemacht: So soll die Kommission bis 2014 einen Vorschlag zur Internalisierung der externen Kosten aller Verkehrsträger vorlegen. Dies wäre der Durchbruch für einen fairen Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern. Im Tourismusbereich fordert das Parlament die Einbeziehung der europäischen Radfernwege, der

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



so genannten EuroVelo-Routen, in die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T).

[> Pressemitteilung von Michael Cramer](#)

[> Plenarrede von Michael Cramer](#)

EU-Russland-Gipfel

Erklärung der Kommission

mit Resolution
2011/2948(RSP)

Debatte am Dienstag, 13.
Dezember

Abstimmung am Mittwoch, 14.
Dezember

Werner Schulz MdEP

www.werner-schulz-europa.eu

Hintergrund: Im Vorlauf zum EU-Russland-Gipfel debattierte das Europaparlament über die europäisch-russischen Beziehungen und verabschiedete eine Resolution, die sich klar zur Unterstützung der erstarkenden Demokratiebewegung in Russland bekennt. Weitere Themen der Resolution sind der WTO-Beitritt Russlands, die Verhandlungen zum neuen Partnerschaftsabkommen und die Modernisierungspartnerschaft.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Ein großer Erfolg ist, dass eine breite Mehrheit der Abgeordneten dem Grünen Antrag für Duma-Neuwahlen gefolgt ist. Die Parlamentarier fordern die Freilassung der noch inhaftierten Demonstranten, die Registrierung aller Oppositionsparteien und schließlich freie und faire Neuwahlen. Will Russland ein glaubhafter und verlässlicher Partner der EU sein, muss es auch gemeinsame Werte teilen. Als Mitglied des Europarats und der OSZE hat sich Russland verpflichtet, freie Wahlen, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit zu garantieren.

Es braucht ein neues und umfassendes Partnerschaftsabkommen mit Russland mit einem verbindlichen Menschenrechtsartikel. Auch die Partnerschaft für Modernisierung kann ohne eine Erneuerung der Gesellschaft durch mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte nicht gelingen und muss deshalb fester Bestandteil sein. Die EU muss die Kooperation in diesen bisher unterbelichteten Bereichen vorantreiben. Das europäisch-russische Zivilgesellschaftsforum ist ein erster Erfolg. Darüber hinaus muss der Europäische Rat endlich Sanktionen gegen die Beteiligten im Mordfall Sergei Magnitsky erlassen. Die Untersuchungen dazu werden von russischer Seite bis heute verschleppt.

[> Pressemitteilung von Werner Schulz](#)

[> Videostatement von Werner Schulz](#)

[> Plenarrede von Werner Schulz](#)

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Politik der EU zur Terrorismusbekämpfung

Bericht Sophia in't Veld
(ALDE, NED)

*"Politik der EU zur
Terrorismusbekämpfung:
wichtigste Errungenschaften
und künftige
Herausforderungen"*
A7-0286/2011

Abstimmung am Mittwoch, 14.
Dezember

Jan Philipp Albrecht MdEP
www.jan-albrecht.eu

Hintergrund: Nach langen Verhandlungen hat das Parlament eine Resolution über die europäische Antiterror-Politik der letzten zehn Jahre abgestimmt. Es verlangt darin von der Kommission eine umfassende Evaluierung aller Maßnahmen in Bezug auf ihre Effektivität, ihre Kosten, ihre Grundrechtseingriffe und ihre demokratische Kontrolle. Zudem wird eine Beschäftigung mit den Ursachen gefordert, anstatt nur die Symptome zu bekämpfen. Die konservative EVP-Fraktion hatte sich monatelang gegen diesen Beschluss gewehrt, so dass jetzt in Straßburg eine alternative EntschlieÙung eingebracht wurde, die alle anderen Fraktionen bei Enthaltung der rechtskonservativen ECR mitgetragen haben.

Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen begrüßen, dass sich das Parlament mehrheitlich für die Resolution ausgesprochen hat. Die konservativen Innenpolitiker der EVP im Europaparlament sind damit isoliert. Eine gründliche Evaluierung von zehn Jahren Kampf gegen den Terrorismus ist überfällig. Viele Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit wurden ohne Folgeabschätzungen eingeführt und die bisherigen Evaluierungen, z.B. bei der Vorratsdaten-Richtlinie, konnten Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit nicht schlüssig und auf der Basis solider Daten nachweisen. Daher begrüßen die Grünen, dass die EU-Kommission nun einen umfassenden Evaluierungsbericht erstellen und diesen einer gemeinsamen Sitzung von Europäischem Parlament und den nationalen Parlamenten vorlegen muss.

Termine

Grünes Fachgespräch zu Klimaflucht und europäischer Flüchtlingspolitik. Mit Ska Keller, MdEP, und Barbara Lochbihler, MdEP.
16. Dezember, Berlin.

[mehr](#)

Wie geht es weiter mit dem Arabischen Frühling? Diskussion zum Sacharow-Preis mit Barbara Lochbihler, MdEP, u.a.
16. Dezember, Berlin.

[mehr](#)

Nachlese Durban - Konsequenzen für die neue EU-Agrarpolitik und Auswirkungen auf die zukünftige Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. GIZ Fachgespräch mit Einführungsvortrag von Martin Häusling, MdEP, und anschließender Diskussionsrunde.

16. Dezember, Eschborn.

mehr: martin.haeusling@europarl.europa.eu

Klimabruch zum Weltmigrationstag. Mit Ska Keller, MdEP, zum Thema "Klimaflüchtlinge".
18. Dezember, Halle (Saale).

[mehr](#)

MEP - Modell Europa Parlament. Mit Helga Trüpel, MdEP, u.a.

19. Dezember, Bremen.

[mehr](#)

Der Wandel des Politischen im Zeitalter der "Postdemokratie". Podiumsdiskussion bei der Deutschlandfunk-Konferenz „Der Ort des Politischen in der digitalen Medienwelt“ mit Sven Giegold, MdEP, u.a.

6. Januar 2012, Köln.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



[mehr](#)

Ein Jahr nach Fukushima: Chance für eine neue japanische Energiestrategie? Japanreise von Rebecca Harms, MdEP.

7. - 15. Januar 2012, Japan.

mehr: rebecca.harms@europarl.europa.eu

"Ist Europa in guter Verfassung?" Festvortrag von Reinhard Bütikofer, MdEP, auf dem Neujahrsempfang der Europa-Union Deutschland, Kreisverband Leverkusen.

10. Januar 2012, Leverkusen.

[mehr](#)

Recht auf Zugang zu anwaltlichem Beistand. Lunch Seminar zur Stellungnahme des Rechtsausschusses mit Jan Philipp Albrecht, MdEP, u.a.

11. Januar 2012, Brüssel.

E-Mail: pia.kohorst@europarl.europa.eu

Grünes Wachstum: Zukunftshoffnung oder gefährliche Illusion? Exit-Strategien aus der Wachstumsfalle. Streitgespräch mit anschließender Diskussion mit Sven Giegold, MdEP, u.a.

12. Januar 2012, Mainz.

[mehr](#)

Europas Rolle auf dem Weltagrarmarkt - politische Dimension des internationalen Agrarhandels. Vortrag von Martin Häusling, MdEP, bei der DLG Wintertagung.

12. Januar 2012, Münster.

[mehr](#)

Projekt Europa in Gefahr? GRÜNE Pfade durch die Eurokrise. Neujahrsempfang von Bündnis 90/Die Grünen KV Odenwaldkreis mit Sven Giegold, MdEP.

15. Januar 2012, Michelstadt.

[mehr](#)

Die Türkei zwischen der EU und dem Nahen Osten: Perspektiven im 21. Jahrhundert. Helga Trüpel, MdEP, im Gespräch mit Michael Thumann, DIE ZEIT.

15. Januar 2012, Bremen.

[mehr](#)

"Krise überall - welche Zukunft hat Europa?" mit Franziska Brantner, MdEP.

18. Januar 2012, Freiburg.

Mehr: franziska.brantner@europarl.europa.eu

Querung, Fahrradverkehr, Iron Curtain Trail. Veranstaltung zu Verkehrsfragen mit Michael Cramer, MdEP.

20. Januar 2012, Fehmarn.

mehr: michael.cramer@europarl.europa.eu